

Im Wald der Naturschutzhasser: Hintergründe und Lehre eines Ökokonflikts in Ecuador

Rössig, Wiebke

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rössig, W. (2009). Im Wald der Naturschutzhasser: Hintergründe und Lehre eines Ökokonflikts in Ecuador. *360° – Das studentische Journal für Politik und Gesellschaft*, 4(2), 32-39. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-76468-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

IM WALD DER NATURSCHUTZHASSER HINTERGRÜNDE UND LEHREN EINES ÖKOKONFLIKTS IN ECUADOR

Eine Forschungsreise führte die Autorin in den ecuadorianischen Regenwald. Dort wurde sie von den Bewohnern gefangengenommen: Man hielt sie für eine Naturschützerin. Nach ihrer Freilassung recherchierte sie, was hinter der Gewaltbereitschaft steckt. Sie stieß auf Naturschutzgesetze, die von der lokalen Bevölkerung als Angriff auf ihre Lebensgrundlagen verstanden werden. Nachhaltige Entwicklung sieht anders aus.

Feldstudie und Fotos: Wiebke Rössig

Im März 2004 eskalierte im Naturschutzgebiet Alto Nangaritza im südöstlichen Ecuador ein lange schwelender Konflikt zwischen Naturschützern und der lokalen Bevölkerung. Die Bewohner waren nicht bereit, die Einschränkungen zu akzeptieren, die das Schaffen eines Naturschutzgebiets in der Region mit sich brächte. Die Auseinandersetzung gipfelte in Sachbeschädigung, Körperverletzung und der Gefangenschaft von drei Mitarbeitern einer Naturschutzorganisation und zweier Mitreisender.

Eine Forschungsreise führte mich nach Nangaritza, wo ich mitten in den Konflikt geriet: Die Bewohner, die auch mich fälschlicherweise für eine Naturschützerin hielten, bedrohten mich und nahmen mich ebenfalls gefangen. Drei Tage lang wurden wir alle in der Schule eines Dorfes festgehalten. Die Bevölkerung sah in dieser Gewaltaktion die letzte Möglichkeit, ihrer Forderung Ausdruck zu verleihen, die seit einiger Zeit geltenden Naturschutzbestimmungen abzuschaffen. Nachdem bewaffnete Polizisten und der Gouverneur der Provinz uns befreiten, fuhr ich vorübergehend in die nächstgelegene Stadt Loja. Ich nahm die Situation jedoch zum Anlass für eine nähere Analyse des Konflikts. Dafür kehrte ich nach einigen Monaten zurück in die nun ruhigere Region und begann meine ethnologische Feldforschung. Diese bestand aus Beobachtungen, Teilnahme an lokalen Aktivitäten und zahlreichen Gesprächen mit den Bewohnern der Region, lokalen Naturschützern und einigen externen Experten. Insgesamt war ich zweimal für je zwei Monate in der Region, führte rund 50 Interviews und nahm an zahlreichen Sitzungen und informellen Besprechungen teil. Auf Wunsch der Befragten bleiben meine Gesprächspartner anonym. Die Gespräche offenbarten ein grundsätzliches Problem: Die unterschiedlichen Lebensrealitäten und die gegensätzlichen Wahrnehmungen von Natur und Landschaft entzweien Einwohner und Naturschützer.

Die Erhebung fand 2004 statt. Aus der Ferne verfolge ich die Entwicklungen bis heute. Der Konflikt ist trotz Vermittlungsversuchen durch ein unabhängiges, jedoch über Naturschutzorganisationen finanziertes Forschungsinstitut, die sogenannte Fundación Futuro Latinoamericano, bis heute nicht ganz gelöst, so dass die Thematik auch fünf Jahre später nicht an Relevanz verloren hat. So berichtete mir ein Mitarbeiter der lokalen Naturschutzorganisation, dass die Arbeit in Nangaritza weitergehe, man aber nach wie vor keine Lösung für zentrale Konfliktfragen gefunden habe. In

einem ersten Schritt wurden jedoch Regeln für eine Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung festgelegt (Fundación Futuro Latinoamericano o.J.).

Im Naturschutzgebiet soll nicht mehr gerodet werden

Der Kanton Nangaritza liegt im Südosten Ecuadors, nahe der peruanischen Grenze. Die Region gehört zu Hochamazonien und befindet sich auf einer Höhe von etwa 1000 Metern über dem Meeresspiegel. Besonders seine Lage zwischen zwei Nationalparks – dem Parque Podocarpus auf ecuadorianischer Seite und der Reserva Santiago Comaina auf der peruanischen Seite – machen das Gebiet für Naturschutzorganisationen interessant. Ziel ist es, ein durchgängiges Schutzgebiet zu schaffen. Im Jahr 2002 wurde der Oberlauf des Flusses Nangaritza, der dem Kanton seinen Namen gibt, zum Schutzwald erklärt. Dies geschah wegen seiner Bedeutung für die Wasserversorgung der Region und im Rahmen von Wildtierschutzprogrammen, die dort aufgrund der vielen seltenen Tierarten, besonders den Amphibien, initiiert wurden (CINFA 2003).

Die Bevölkerung Nangaritzas unterteilt sich in drei Gruppen: die Shuar, eine amazonische Ethnie, spanischsprechende Siedler aus dem Andenhochland und quechuasprechende Saraguros. Die Bevölkerung ist sehr arm und muss mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen. In den meisten Dörfern am Oberlauf des Flusses gibt es keine Strom- und Trinkwasserversorgung. Die Straße endet dort, wo das Gebiet des Schutzwaldes beginnt: Eine Fahrt in die Dörfer ist nur mit dem Boot möglich. Überwiegend leben die Bewohner von Subsistenzlandwirtschaft. Das heißt, dass angebaute Produkte fast ausschließlich für den eigenen Verzehr verwendet werden. Weder ist Handel in dieser Gegend traditionell verankert, noch gibt es funktionierende Handelsverbindungen. In meinen Gesprächen mit den Bewohnern machten diese deutlich, dass sie bisher kaum die Möglichkeit eines festen Einkommens hätten, außer über die Rodung des Regenwaldes. Ein Shuar sagte, Geld sei nur durch den Verkauf von Edelholz oder Vieh, welches wiederum auf gerodeten Weiden gehalten wird, zu erwirtschaften. So wird also weiter gerodet, da es viele Bereiche gibt, in denen die Bewohner Bargeld benötigen, wie beispielsweise der Besuch eines Arztes, der Erwerb von Arzneimitteln, die Versorgung der Kinder mit Schulmaterialien, Transporte mit Boot und

Bus in die Verwaltungszentren, der Erwerb von offiziellen Papieren oder Anschaffungen für den Haushalt oder die Gesamtgemeinde.

Vor diesem Hintergrund sind die Einschränkungen der Rodung in diesem Gebiet für die Bevölkerung nicht hinnehmbar. Der geschilderte gewaltsame Übergriff auf Naturschützer ist nur die Spitze des Konflikts. Die mit dem Naturschutz einhergehenden rechtlichen Rahmenbedingungen stellen die Einwohner vor große Probleme bei der Bewältigung ihres Alltags. Hier bedarf es meiner Ansicht nach einer Anpassung der Naturschutzregelungen an die Lebensbedingungen der Bevölkerung und einer gemeinsamen Suche nach alternativen Einkommensmöglichkeiten.

Die neuen Gesetze blenden die Armut der Bevölkerung aus

Seit das Gebiet 2002 zum Schutzwald erklärt wurde, gelten Naturschutzgesetze, die die Nutzung der natürlichen Ressourcen stark einschränken. Das Recht, Bäume zu roden, ist stark eingeschränkt, ebenso Jagdaktivitäten und der Bau von Straßen. Die Bevölkerung akzeptiert diese neuen Gesetze nicht, da es somit nicht mehr möglich ist, neues Land für den Ackerbau zu erschließen und größere Flächen zu roden. Weil der nährstoffarme Boden jedoch schon nach wenigen Jahren Bewirtschaftung nicht mehr genügend Nährstoffe enthält (Meggers 1999: 66ff.), müssen stetig neue Anbauflächen gewonnen werden. Auch kommt es zu Verwirrungen, da weder die betroffenen Einwohner noch die Naturschützer selbst den Wortlaut der Gesetze kennen. So ist beispielsweise unklar, wie groß die zulässige Rodungsfläche innerhalb des Schutzwaldes ist.

Die Naturschutzregelungen werden in diesem kaum zugänglichen und nicht zu überwachenden Gebiet nicht eingehalten. Im Gegenteil: Der Holzabschlag findet illegal und aus Furcht vor zukünftiger Überwachung verstärkt statt. Händler, die schließlich das Holz weiterverkaufen, berufen sich auf das Risiko des illegalen Handels und senken, nach Angaben der Bewohner, unter diesem Vorwand den Preis auf ein bis zwei US-Dollar pro Planke Edelholz. Dafür müssen die Bäume im Wald geschlagen, an Ort und Stelle zersägt und schließlich von Hand oder mit Pferden bis zum Fluss transportiert werden. Die Händler können aus der schwierigen Situation der Bewohner also den größten Gewinn schlagen.

Ein weiteres Problem der Bevölkerung ist die Tatsache, dass hier viele Menschen ohne Besitztitel das Land bewirtschaften. Um die großen Nöte und den Verärgerung dieser Familien zu verstehen, ist ein Rückblick in die Geschichte Ecuadors notwendig. Seit dem 19. Jahrhundert förderte die Regierung die Besiedlung des amazonischen Teils des Landes. Das sogenannte „Gesetz über Brachland“ bot hierfür die Grundlage. Es besagt, dass die kriegerischen Völker des Tieflandes zivilisiert werden sollten, indem Menschen aus dem Hochland ihre Gebiete besiedeln. Dafür sollte jedem Siedler ein Besitztitel für das Land zugestanden werden, das er bewirtschaftete. Als Beweis für die Nutzung dieses Landes galt der Beleg über die Rodung von 50 Prozent der als Eigentum beantragten Fläche und deren Nutzung als Ackerland. Die Tieflandindianer hatten keine gesetzlichen Besitzansprüche auf die von ihnen bewirtschafteten Flächen. Die Siedler rodeten entsprechend große Areale, um später ihr Eigentumsrecht geltend machen zu können. Da die Landtitelvergabe zwar einfach war, jedoch Zeit und etwas Geld erforderte, schoben die Siedler diesen Prozess über Jahre vor sich her, in der Gewissheit, ohnehin das Land zugesprochen zu bekommen. Es gibt daher bis heute Siedler, die keinen Titel haben, obwohl sie bereits seit Jahrzehnten Flächen nutzen. Aber auch seitens des Staates gab es nie Bestrebungen, die rechtmäßige Nutzung der Ländereien zu kontrollieren.

Die Siedlungspolitik Ecuadors hat sich inzwischen zugunsten der indigenen Völker und des Naturschutzes stark verändert. So klärt mittlerweile die Verfassung die Besitz- und Nutzungsrechte am sogenannten aneztralen Land – also an dem Land, das traditionell von den Mitgliedern einer eingeborenen Ethnie genutzt wird. Mit Ausnahme der indigenen Bevölkerung ist heute keiner mehr berechtigt, im Schutzwald individuelle Landtitel zu erwerben. Die Gesetzesänderung fand in der Hauptstadt Quito statt, fernab der betroffenen Bevölkerung. Sie wurde über diese Veränderungen nie informiert.

Die Gegensätze sind extrem

Aufgrund dieses Kommunikationsdefizits bemühen sich die ansässigen Siedler auch weiterhin nicht, Landtitel zu erwerben. Es kommen sogar weiterhin Siedler nach Nangaritza, die nicht ahnen, dass die Rodung zur Landgewinnung inzwischen illegal ist. Es ist zudem kaum möglich, im Nachhinein festzustellen, wer

welche Ländereien seit wann bewirtschaftet. Den Bewohnern ohne Landtitel machen die Informationen zum neuen Schutzstatus ihre prekäre Situation erst recht bewusst. Die Siedler befürchten, ihr gesamtes Lebenswerk zu verlieren und ihren Kindern keine Überlebensperspektive geben zu können.

Für die Shuar als Bevölkerungsgruppe mit Anrechten auf anzestrales Land hingegen ist die aktuelle Situation zwiespältig. Zum einen gibt ihnen die neue Gesetzeslage die Möglichkeit, große Gebiete für sich zu legalisieren, gemäß ihrer traditionellen Wirtschaftsweise zu nutzen (Descola 1994: 136) und sie langfristig gegen das Eindringen neuer Siedler zu sichern. Zum anderen werden die Beschränkungen für das eigene Wirtschaften, die sie zunächst nicht als gravierend einschätzten, nun auch in großen Teilen der Shuar-Bevölkerung sehr kritisch gesehen. In einem Gespräch betonte einer der Entscheidungsträger des Dorfes Shaime, dass man befürchte, nun nicht mehr an Bargeld zu kommen und nur noch auf die eigenen Produkte angewiesen zu sein.

Die Naturschutzorganisationen bemühen sich nicht, die Situation der Bevölkerung zu verbessern. Die Idee, Naturschutz auch für die Ressourcennutzer attraktiv zu gestalten, hat sich in dieser entlegenen Region bisher nicht durchgesetzt, obwohl dies bei den großen Naturschutzorganisationen inzwischen ein immer wieder proklamiertes Ziel ist. Dies lässt sich auch dem Strategiepapier der in Nangaritza als Geldgeber für den Naturschutz fungierenden Organisation Conservation International entnehmen (Conservation International 2009). Dennoch wurde vor der Schutzwalderklärung weder an einer Lösung der Landtitelproblematik noch an gerechten Preisen für lokale Produkte gearbeitet oder versucht, Absatzmärkte auszubauen. Auch Möglichkeiten für alternativen Einkommenserwerb wurden von außen nicht aufgegriffen oder gefördert. Dies wurde mir bei meinen Nachforschungen sowohl von der lokalen Bevölkerung als auch von den Mitarbeitern des Naturschutzes auf meine Nachfrage hin bestätigt. Für die Bevölkerung entstand dadurch der Eindruck, dass die landwirtschaftlichen Aktivitäten der Bewohner in diesem Gebiet nicht gewünscht sind und die Bedürfnisse der Bevölkerung ignoriert werden. Mehrere Bewohner schilderten mir ihre Wahrnehmung, dass die Naturschützer das Ziel hätten, die Natur dieser Region auch vor ihren Bewohnern zu schützen. Den Hauptgrund für die fehlende Ausarbeitung von Erwerbsalternativen sehe ich demnach in den gänzlich

unterschiedlichen Vorstellungen, die Einwohner und Naturschützer von Natur und den Zielen des Naturschutzes haben.

Der Gegensatz zwischen Bevölkerung und Naturschützern ist in jeder Hinsicht extrem. Das Unverständnis für die Lebenssituation und die damit verbundenen Bedürfnisse des jeweils Anderen ist im Umgang der Konfliktparteien miteinander deutlich erkennbar: Auf der einen Seite stehen auf dem Land lebende, oft indigene Menschen mit einfacher Grundschulbildung. Sie haben kaum Erfahrung mit Informationsmedien. Mit ihrer Umwelt und den Gefahren, die diese birgt, sind sie tief vertraut. Auf der anderen Seite stehen medienerfahrene, spanischsprachige Akademiker, die ihr Leben in der Regel ausschließlich in der Stadt Loja verbracht haben. Wenn diese Fremden die Landbevölkerung mit Power-Point-Präsentationen und Broschüren in halbwissenschaftlicher Sprache aufzuklären versuchen, ist dies sicher keine zielführende Maßnahme.

Argumentationen der Naturschützer stützen sich neben der Vielfalt nur hier beheimateter Tierarten vor allem auf den ästhetischen Wert der Natur. Sie führen den Diskurs also auf normativer Ebene (Jax 2002: 63). Die Bewohner erkennen die Schönheit der Region durchaus und gaben mir gegenüber stets an, dass sie die Natur als erhaltenswert ansehen. Aber für sie steht ihr Lebensunterhalt und die Versorgung ihrer Familien im Vordergrund. Diese Menschen sehen sich und ihre Kinder bei den täglichen Wanderungen zwischen ihrem Dorf und ihrer *huerta*, dem Waldgarten, durch Schlangen und andere Tiere bedroht. Daher können sie normativen Argumentationen, die etwa das Überleben einer Schlangenart in ihrem Wohngebiet als Begründung für den Naturschutz nennen, nicht einpruchlos folgen.

Eine gewisse Mindestabsicherung gehört meiner Meinung nach dazu, um sich mit der Romantik der Landschaft und den Schönheiten der Natur auseinandersetzen zu können. Diese Mindestabsicherung ist für die Bewohner von Nangaritza im doppelten Sinne nicht gegeben. Zum einen ist die Armut so groß, dass alle über die Basisversorgung der Familie hinausgehenden Anschaffungen nicht möglich sind, ohne auf Ressourcen wie Holz zurückzugreifen. Zum anderen sind nicht einmal die Besitzrechte ihrer Ländereien endgültig geregelt, um langfristig eine stabile Bewirtschaftung der Felder zu etablieren.



Nachhaltige Entwicklung geht nur mit den Betroffenen

Überall auf der Welt streben die Menschen danach, ihren Lebensstandard zu erhalten und die Lebensbedingungen für sich und ihre Nachfahren zu verbessern. Ist nachhaltige Entwicklung im Sinne einer ökologisch tragbaren, wirtschaftlichen Verbesserung unter solchen konflikträchtigen Bedingungen, wie sie der Naturschutz im Fall Nangaritza vorgibt, überhaupt erreichbar?

Wenn ja, dann muss die Projektbeschreibung des Naturschutzplans diese Möglichkeiten genau definieren und gezielt fördern. Lokale Entwicklung wird nur dann möglich, wenn die Bereitschaft besteht, Kompromisse zwischen bestmöglichem Naturschutz und rücksichtslosem Raubbau zu schließen. Naturschutzprojekte sollten nicht daran scheitern, dass sie zu sehr an einem falsch verstandenen Ideal festhalten und dadurch keine lokale Unterstützung erhalten. In Nangaritza gäbe es durchaus Möglichkeiten, die lokale Wirtschaft zu fördern, ohne dabei die Leitlinien des Naturschutzes zu vernachlässigen. Dazu bedarf es aber einer gewissen Infrastruktur wie beispielsweise eines verbesserten Transportnetzes oder Kontakten zu potenziellen Märkten. Aber auch externe Beobachter wären nötig, um neue Ideen mit Entwicklungspotential einzubringen. Ich konnte jedoch in keinem Bereich der lokalen Wirtschaft – weder in der Viehzucht noch in alternativen Projekten wie einer Zimmerei oder der Entwicklung von Tourismus – erkennen, dass Vertreter des Staates oder Naturschützer daran mitwirken, Einwohnern alternative Einkommensquellen zu eröffnen. Gleichzeitig wurde aber der verstärkte Holzeinschlag kritisiert und die Bevölkerung wegen ihres zerstörerischen Verhaltens angeklagt. Um Naturschutz und wirtschaftliche Entwicklung in der Praxis zusammenzubringen, ist eine Kooperation zwischen Naturschutzorganisationen und der Bevölkerung unerlässlich. Erstere müssen die Belange der Bevölkerung ernst nehmen, letztere die Schutzziele verstehen und unterstützen. Dafür wiederum bedarf es auch einer guten Kommunikation, die für die lokale Bevölkerung verständlich ist.

Wenn aber wirtschaftliche Entwicklung unter den gegebenen Schutzrichtlinien nicht möglich ist, drängt sich die ethische Frage auf, unter welchen Bedingungen es überhaupt zulässig ist, Menschen für die Ziele Anderer einzuschränken. Obgleich Naturschutz einerseits dem Allgemeinwohl dient, müssen andererseits

einige wenige Menschen die Kosten für diese Maßnahmen alleine tragen. Sei es im lokalen Umfang, beispielsweise durch die Sicherung der Wasserversorgung, oder im globalen Kontext im Rahmen von Klimaschutz und der Bewahrung ästhetischer Landschaften. Die Schutzwaldgesetze verlangen von den Bewohnern Nangaritzas, sich mit Blick auf das Allgemeinwohl einzuschränken, obwohl ihre Einkommenssituation äußerst prekär ist. Aber was ist Natur für den Einzelnen, was wird warum als schützenswert definiert? Es ist auffällig, dass gerade die abgelegenen Orte weit weg von unserer Lebensrealität mit viel Aufwand geschützt werden. Sind dies nicht gerade die Orte, wo die Anwohner kaum Möglichkeiten haben, ihre Stimme zu erheben?

Als Schwerpunkt meiner Forschung in Ecuador habe ich, beruhend auf meinen Interviewdaten, die Wahrnehmung von Natur untersucht und dabei herausgearbeitet, wie unterschiedlich diese bei den beteiligten Konfliktparteien aussieht. Nach meinen Ergebnissen legen die Naturschutzorganisationen eine klare Trennung von Mensch und Natur fest und bewerten die Natur umso höher, je weniger Einfluss der Mensch auf sie hat. Die Bewohner der Region sehen dies anders, allen voran die Shuar, die eine sehr mythologisch geprägte Sicht auf die Natur haben: Für sie besteht ein enger Zusammenhang zwischen Mensch und Umwelt (Descola 1994: 77ff.). Um Bewunderung für *unberührte Natur* empfinden und ihr einen ästhetischen Wert beimessen zu können, ist eine sichere Ausgangslage notwendig. Von der Natur darf dann keine Bedrohung für das eigene Leben ausgehen. Die lokale Bevölkerung allerdings lebt in einer tiefen Abhängigkeit von den Ressourcen der Natur und ihren Gefahren. Die Sorge um das Aussterben bestimmter Arten ist für die lokale Bevölkerung nicht nachvollziehbar. Sie sind weder bereit noch in der Lage, die Kosten für Schutzmaßnahmen zu tragen, solange ihr Lebensunterhalt nicht gesichert ist.

Widerstand gibt es nicht nur im Regenwald

Am Beispiel Alto Nangaritza sehen wir, welche großen Probleme und Widerstände Naturschutz in entlegenen Regionen von Entwicklungsländern mit sich bringen kann. Dennoch sind gerade diese Regionen der Erde Ziel großer Schutzaktionen. Im ländlichen Raum von Industriestaaten hingegen überwacht die Öffentlichkeit

sehr viel kritischer die Absicherung der Bewohner. Das Überleben der Bevölkerung ist auch innerhalb von Naturschutzgebieten nicht bedroht. Aber auch hierzulande bringt Naturschutz für einen Teil der Bevölkerung besondere Einschränkungen mit sich, etwa für Landwirte, die innerhalb von Naturschutzgebieten nur eingeschränkt wirtschaften können. Dass Naturschutz bei den Bewohnern von Schutzgebieten nicht unumstritten ist, zeigen unter anderem Vereine wie der Bundesverband Nationalparkbetroffener e.V. Es gilt auch hier das sogenannte NIMBY-Prinzip: *not in my backyard!* Naturschutz wird positiv bewertet, aber man will die Kosten nicht selber tragen.

In einigen Schutzgebieten, beispielsweise in den Biosphärenreservaten, wird bereits erfolgreich auf intensive Kommunikation mit der Bevölkerung gesetzt. Konfliktmediation kann dabei helfen, dass die beteiligten Akteure gemeinsam eine Lösung finden: Naturschutz kann schließlich sehr viele Vorteile mit sich bringen, vor allem durch neue Einkommensquellen im Tourismus oder durch ökologischen Landbau, wenn auch die Interessen der Bevölkerung beachtet werden und wirtschaftliche Entwicklung für die Bewohner weiterhin möglich ist.

Im Zentrum muss immer eine lokale Lösung stehen, die von allen mitgetragen wird. Dies wird meines Erachtens durch rigide nationale und internationale Richtlinien erschwert, die wenig Anpassungsspielraum bieten und als *von oben* verordnet empfunden werden können. Naturschutz sollte den Menschen als einen Teil der zu schützenden Gebiete betrachten und die lokale Bevölkerung bei der Ausarbeitung der Schutzprogramme gezielt miteinbeziehen. Die Kommunikation mit der Bevölkerung, aber auch die Bereitschaft zu Kompromissen sind dabei entscheidend, damit die ethischen Grundlagen für gute Naturschutzmaßnahmen gegeben sind. Gleichzeitig verringern sich mit dem steigendem Rückhalt in der Bevölkerung auch die Überwachungskosten.

Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Elinor Ostrom hat bereits 1990 zahlreiche Beispiele für nachhaltiges Management von gemeinschaftlich genutzten Ressourcen beschrieben. Auf der Grundlage dauerhaft erfolgreicher lokaler Regelungen, etwa über die Nutzung des Waldes oder gemeinschaftliche Bewässerungssysteme in trockenen Gebieten, entwickelte Ostrom Prinzipien für den nachhaltigen Umgang mit gemeinschaftlich genutzten Ressourcen (Ostrom 1990: 61ff.; 69ff.; 82ff.). Dazu geht

hört, dass die Regeln im Konsens mit den Betroffenen und mit Hilfe ihres lokalen Wissens ausgearbeitet werden, im Idealfall sogar direkt von der Bevölkerung (Pohle 2008: 164). Nur so kann es zu einer organisierten Nutzung kommen, die nachhaltig im Sinne einer stabilen Lösung ist und ohne externe Überwachung durchgesetzt werden kann. Mit Blick auf Nangaritza könnte eine solche Lösungsmöglichkeit ein Biosphärenreservat sein, in das die Bevölkerung mit ihrer traditionellen Landnutzung einbezogen wird (Pohle 2008: 175).

⁹Wiebke Rössig promoviert seit 2008 in Europäischer Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

QUELLENVERZEICHNIS:

- CINFA – Centro de Información Agropecuario (2003): Zonificación Ecológica y Socio Económica del Canton Nangaritza, Provincia de Zamora Chinchipe. URL: http://www.cinfa.edu.ec/index.php?option=com_content&view=article&id=16:zonificacion-nangaritza&catid=2:proyectos-ejecutados&Itemid=19 (10.6.2009).
- Conservation International (2009): Future for Life Strategies. URL: http://www.conservation.org/discover/mission_strategy/Pages/strategy.aspx (10.6.2009).
- Descola, Philippe (1994): In the Society of Nature. A native ecology in Amazonia. Cambridge, Cambridge University Press.
- Fundación Futuro Latinoamericano (o.J.): Conflict Resolution Methodologies in the Alto Nangaritza. Quito. URL: http://www.flla.net/index.php?Itemid=184&id=205&option=com_content&task=view (10.6.2009).
- Jax, Kurt (2002): Mißtönende Harmonien: Naturvorstellungen und Theorieentwicklung in der Ökologie und ihre Folgen für den Naturschutz. In: Luig, Ute/Schultz, Hans-Dietrich (Hrsg.): Natur in der Moderne – Interdisziplinäre Ansichten. (Berliner Geographische Arbeiten, Bd. 93) Berlin, Geographisches Institut der Humboldt-Universität zu Berlin, S. 57–66.
- Meggers, Betty J. (1999): Ecología y geografía de la Amazonía. Quito, Ediciones Abya-Yala.
- Ostrom, Elinor (1990): Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action. Cambridge, Cambridge University Press.
- Pohle, Perdita (2008): Indigenous land use practices and biodiversity conservation in southern Ecuador. In: Gradstein, S.R./Homeier, J./Gansert, D. (Hrsg.): The Tropical Mountain Forest. Patterns and Processes in a Biodiversity Hotspot. (Biodiversity and Ecology Series, Bd. 2) Göttingen, Universitätsverlag Göttingen, S. 163–176.